



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 14. September 2020  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **M 216 Motion Muff Sara und Mit. über eine Standesinitiative des Kantons Luzern zur Aufnahme von Menschen auf der Flucht / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Sara Muff hält an ihrer Motion fest.

Sara Muff: «Sich dem Thema Flucht zu stellen bedeutet, der simplen Wahrheit Rechnung zu tragen, nicht allein auf diesem Planeten zu sein, ganz besonders, wenn man das Glück hat, in Frieden und Wohlstand zu leben.» Dies ist ein Zitat von Anetta Kahane. Es ist eigentlich tragisch, dass ich hier vorn stehen und begründen muss, wieso die Forderung dieser Motion so unglaublich wichtig ist. Zudem ist es schwierig, etwas in Worte zu fassen, wofür es eigentlich gar keine Worte gibt. Als ich auf Lesbos war, war die Situation bereits dramatisch. Auch da waren die Camps hoffnungslos überfüllt, und kein Staat kam seiner humanitären Verantwortung nach. Es war fünf vor zwölf. Nun, nachdem das ganze Camp niedergebrannt ist, ist es mindestens schon zehn nach zwölf. Freunde von mir sind nach wie vor vor Ort. Sie erzählen mir Geschichten, welche mich zum Weinen bringen und zutiefst schockieren. Die Lebensmittelversorgung ist unterbrochen, weil die Konvois sowie die NGO, ja selbst Médecins Sans Frontières blockiert werden und nicht zu den Menschen kommen. Die Menschen vor Ort kollabieren, weil sie kein Wasser zu trinken haben und nichts zu essen. Sie ritzen Abwasserschläuche auf, um an Wasser zu gelangen. Davon bekommen sie schlimme Durchfallerkrankungen. Mütter kochen für ihre Kinder Olivenblätter mit Meerwasser. Menschen schlafen auf der Strasse unter stehenden Fahrzeugen. Sie kämpfen in Europa ums Überleben. Aber damit nicht genug, die Menschen werden von der Polizei eingekesselt und mit Tränengas attackiert. Eine Freundin hat mir ein Foto von einem zehn Tage alten Baby geschickt, welches von ihr behandelt wurde, weil es Tränengas abgekriegt hat. Menschen liegen überall auf der Strasse, nicht Hunderte, sondern Tausende. Ich könnte noch lange weitererzählen, doch leider habe ich zu wenig Zeit. 13 000 Menschen haben auf einen Schlag das Wenige verloren, das sie noch hatten. Nun nehmen wir ihnen auch noch ihre Würde. Es sind 13 000 Einzelschicksale, viele Kinder. Schon vor dem Feuer haben mir Freunde berichtet, wie in den Camps bereits Kinder Suizidgedanken äussern. Wer hier hinsieht, aber nicht handelt, macht sich mitschuldig. Als ich auf Lesbos war, habe ich mich machtlos gefühlt. Doch als Politikerinnen und Politiker sind wir nicht machtlos. Aber solange Politikerinnen und Politiker nur das tun, was sie nicht aus ihrem Verantwortungsbereich entfernen können, geht das Sterben an den europäischen Aussengrenzen weiter. Gehen wir als Kanton Luzern als gutes Vorbild voran. Wir müssen jetzt handeln, die Lager müssen evakuiert werden. Am 16. Mai 2020 konnten aufgrund der Familienzusammenführung 23 Kinder und Jugendliche in die Schweiz einreisen. Das ist ein winziger Schritt in die richtige Richtung. Wir wissen jedoch alle, dass dies zu wenig ist und dass wir als Schweiz mehr tun könnten und tun müssen. Ich bitte Sie, diese Motion erheblich zu erklären. Weiter

stelle ich den Antrag auf Namensaufruf. Es ist immer die richtige Zeit, um das Richtige zu tun.

Antrag Muff Sara: Antrag auf Namensaufruf

Der Rat stimmt dem Antrag zu. Das notwendige Drittel der stimmenden Ratsmitglieder wurde erreicht.

Hans Stutz: Gestern las ich in der «Neuen Zürcher Zeitung» einen Satz, der genau zu dieser Diskussion passt. Er stammt von Ferdinand von Schirach, einem Juristen und Schriftsteller. Dieser sagt in einem Interview: «Alle Grundwerte sind bis auf die Würde einschränkbar.» Und um die Würde geht es in dieser Auseinandersetzung um das Flüchtlingselend auf Lesbos und den anderen griechischen Inseln. Die Fluchtgründe sind seit Jahren die gleichen: Es sind Kriege, teils gestützt durch europäischen Einfluss und europäische Waffenlieferungen und Diktaturen, mit denen Europa teils gute Beziehungen unterhielt. Geändert hat sich die Politik weltweit, vor allem aber in Europa. Flüchtende haben heute schlechtere Chancen, obwohl wir eigentlich immer noch die Genfer Flüchtlingskonvention haben. Moria und weitere Lager auf den griechischen Inseln sind der Ausdruck dieser unmenschlichen europäischen Politik. Oder anders ausgedrückt: Die europäische Politik gegen Flüchtende ist eine Katastrophe, die Brandkatastrophe im Lager in Moria hat diese Katastrophe zum Desaster gemacht. Die Schweiz ist mitbeteiligt an dieser europäischen Politik. Sie ist damit auch mitverantwortlich. In Europa wissen fast alle, dass das Dubliner Übereinkommen gravierende Systemfehler hat, doch geändert wurde bis anhin nichts, und das wird auch noch länger so bleiben. In seiner Antwort verweist der Regierungsrat auf die europäische Lösung. Eine solche wäre wünschenswert, aber aktuell bedeutet sie eine Abschiebung der Verantwortung auf andere. Daraus folgt für die G/JG-Fraktion erstens: Auch die Schweiz muss Griechenland unterstützen, und zwar durch die schnelle Aufnahme von Menschen, die in griechischen Lagern leiden. Zweitens: Die Schweiz soll sofort viele Flüchtlinge aufnehmen. Drittens: Der Kanton Luzern – wie natürlich auch andere Kantone – soll dem Bund klarmachen, dass er gewillt ist, Menschen aus griechischen Lagern aufzunehmen. Genügend Kapazitäten sind vorhanden. Auch die Stadt Luzern, wie andere Städte auch, hat bereits Bereitschaft signalisiert, Bund und Kantone bei der Aufnahme von Flüchtlingen tatkräftig zu unterstützen. Die G/JG-Fraktion unterstützt die Motion von Sara Muff, sie fordert vom Regierungsrat aber auch, im Sinn von Katastrophenhilfe beim Bund die Bereitschaft zu melden, sofort Flüchtlinge aus griechischen Lagern aufzunehmen.

Stephan Schärli: Diese Standesinitiative kommt nicht überraschend. Nach der heftigen und teils hochemotional geführten Diskussion hier im Rat hat ein Vertreter der SVP den Vorschlag gemacht, dieses Anliegen doch bitte per Standesinitiative zu lösen. Da ist diese nun. Die CVP geht mit Sara Muff von ganzem Herzen darin einig, dass es wichtig ist, Menschen zu unterstützen, die auf der Flucht sind, die Hunger haben, deren Leben in Gefahr ist, einfach Menschen, die Hilfe brauchen, egal welcher Herkunft, Religion oder Gesinnung. Wir sind aber nach wie vor der Meinung, dass dies auf Bundesebene gelöst werden sollte. Wie schon Regierungsrat Guido Graf erwähnt hat, sind Bund und Kantone bereits im engen und regen Austausch über diese Themen. Wie man aus der Antwort der Regierung entnehmen kann, gibt es zu diesem Anliegen diverse Anfragen im Nationalrat. Vertreter der drei Landeskirchen haben den Bundesrat in einem offenen Brief aufgefordert, sich der Thematik anzunehmen. Also arbeiten wir doch mit dem Bund zusammen. Wir sind auch der Meinung, dass gerade in der aktuellen Situation der Bund gefordert ist. Aber eine Standesinitiative ist zu langatmig und der falsche Weg. Was mich aber überrascht und sogar angemessen beeindruckt hat, ist, dass Sara Muff den Bundesrat beauftragen will, den Staatsoberhäuptern in Europa ihre Asylpolitik zu vermitteln. Da ist ihr wohl, wenn auch bestimmt nicht mit Absicht, die Flughöhe dezent entglitten. Wir sind uns sicher, dass der Kanton Luzern – wie er es schon in der Vergangenheit bewiesen hat – auch in Zukunft eine gute Flüchtlingspolitik machen wird, und das in Zusammenarbeit mit dem Bund. Daher sind wir mit den Erläuterungen der Regierung und deren Vorgehen vollumfänglich einverstanden. Die CVP-Fraktion lehnt die Motion grossmehrheitlich ab.

Stephan Betschen: Der Regierungsrat des Kantons Luzern soll in Form einer Standesinitiative zur Aufnahme von Menschen auf der Flucht diese Forderung an die Bundesbehörden tragen. Menschen aus humanitären Krisengebieten soll in der Schweiz Schutz geboten werden, zudem seien die Kapazitäten der kantonalen Asylzentren vollständig auszulasten, und andere Staaten Europas sollen aufgefordert werden, dies wie die Schweiz auch zu machen. Gemäss Bundesverfassung hat die Aussenpolitik die Interessen der Schweiz zu wahren und ihre Werte zu fördern. Dies umfasst auch den Einsatz für Frieden, die Achtung von Menschenrechten und den Schutz von Vertriebenen und Flüchtlingen. In einem Bericht des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten werden unter anderem der Beitrag, das Vorgehen sowie die Massnahmen in den Bereichen der humanitären Politik und Migrationspolitik ausführlich und umfassend beschrieben. Zudem hat der Bundesrat kürzlich entschieden, 800 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen, namentlich Opfer des Syrienkonfliktes. Des Weiteren hat der Bundesrat letzte Woche entschieden, 20 Jugendliche aus dem Lager in Moria aufzunehmen. Ich verweise auf das Interview mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Diese Entscheide beruhen immer auf einem gemeinsamen Konzept von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden. Die Schweiz ist im Bereich der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in zahlreichen Krisengebieten aktiv engagiert. Die Schweiz ist als Vermittlerin in Konflikten sehr geschätzt, aber auch als Partnerin im Bereich der Menschenrechte und der Migration. Sie arbeitet dabei oft mit anderen Staaten zusammen, kleinen und grossen, und dies ermöglicht wertvolle Kontakte, die unserem Land in anderen Bereichen wieder zugutekommen. Die FDP fordert, dass gezielt die Entwicklungszusammenarbeit mit den Hauptherkunftsländern und den Staaten von Asylsuchenden in der Schweiz intensiviert wird. Gleichzeitig muss man natürlich den Missbräuchen und den negativen Auswirkungen entschieden begegnen. Fazit: Der Bund verfügt über eine umfassende Flüchtlingspolitik und trägt hier die Verantwortung. Die Schweiz ist gut international vernetzt und integriert, zum Beispiel im UNHCR, und deswegen sieht die FDP für eine Intervention auf Bundesebene keine Notwendigkeit. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Simon Howald: Die GLP steht zur humanitären Tradition der Schweiz und setzt sich für eine Flüchtlingspolitik ein, die dem Völkerrecht entspricht. Das Warten in riesigen Flüchtlingscamps vor den Toren von Europa ist eine grosse Belastung für die Flüchtlinge. Zudem ist es klar, dass die betroffenen Länder nicht in der Lage sind, diese Flüchtlinge menschenwürdig zu versorgen. Jedoch sehen wir bei diesem Thema keinen Alleingang des Kantons und des Bundes. Vielmehr setzen wir auf eine Koordination mit der EU, um eine sinnvolle, europäische Lösung anzustreben. Auch für den Schutz des Schengenraumes und die Vermeidung einer unkontrollierten Massenmigration braucht es eine koordinierte europäische Zusammenarbeit. Ausserdem findet die GLP, dass die Lancierung einer Standesinitiative in diesem Fall nicht das geeignete Instrument ist. Die GLP-Fraktion lehnt die Motion aus diesen Gründen ab.

Samuel Zbinden: Was ich bis jetzt von der bürgerlichen Seite und der GLP gehört habe, erstaunt mich, und ich bin enttäuscht. Wir haben in den letzten Woche in Moria eine humanitäre Katastrophe erlebt, und dafür ist Europa selber verantwortlich. 13 000 Menschen, teilweise bis zu 20 000, lebten während zweier Jahre in einem Camp, welches für 2000 bis 3000 Personen gemacht wäre. Die Schweiz hat angedeutet, dass man wirklich etwas machen und 20 Menschen aus Moria aufnehmen will. 20 Menschen sind nicht viel. Es geht schlussendlich immer darum, dass man einige unbegleitete Minderjährige aufnimmt. Ja, das ist extrem wichtig, aber das Recht auf Asyl hat man nicht verwirkt, wenn man männlich oder älter als 18 Jahre alt ist. Man versteckt sich hier hinter Formalitäten und sagt, die Standesinitiative sei der falsche Weg. Dann bringen Sie bitte eigene dringliche Vorschläge, wie sich der Kanton einsetzen könnte. Ich habe von vielen grossen Städten starke Zeichen gehört, dass sie Geflüchtete aufnehmen möchten, weit mehr als die 20, welche der Bund aufnehmen will. Der Kanton Luzern hat hier noch kein Zeichen gesetzt. Im Allgemeinen gibt es einige Bemühungen, aber in Bezug auf Moria habe ich von Luzern noch

nichts gehört. Ich erwarte ein klares Statement. 20 Menschen sind definitiv zu wenig. Allein der Kanton Luzern könnte schon wesentlich mehr aufnehmen. Die kantonalen und auch die Asylzentren des Bundes sind überhaupt nicht ausgelastet. Die Verantwortung wird dem Bund zugeschoben, aber Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat letzte Woche gesagt, die Kantone müssten dies machen. Es ist ein Hin und Her. Schlussendlich hat dies zum Ziel, dass die Menschen vor den Toren von Europa bleiben. Dieser Rat ist mitverantwortlich, dass diese Menschen seit Jahren unter prekärsten Bedingungen leben müssen. Gerade von der Haltung der CVP bin ich sehr überrascht, denn christliche Werte sehen anders aus. Christliche Tradition ist nicht die Diskussion über Formalitäten, sondern dass man diese Menschen sofort aufnimmt. Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären.

Urs Dickerhof: Zu Samuel Zbinden: Enttäuschungen gehören nicht nur zum Leben, sondern vor allem auch zur Politik. Auch ich bin Christ. Ich habe ein langes Votum vorbereitet und habe dann am Samstag die Zeitung gelesen. Ein Artikel in der «Luzerner Zeitung» bringt es auf den Punkt, wie es eigentlich funktionieren sollte und was alles im Moment schief läuft. Eigentlich kann man sagen, dass die Antwort des Regierungsrates mehr als korrekt ist. Er erfüllt seinen Auftrag, und diesen hat er abgeklärt. Im Nationalrat wurde eine Motion über die Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie die Reform des Dublin-Abkommens überwiesen, also genau das, was mehrmals von den Linken gefordert wurde. Die Motion wurde überwiesen, und der Ständerat hat diese auch positiv beantwortet. Lassen wir sie ihre Arbeit machen. Dies braucht halt seine Zeit. Den Moria-Flüchtlingen muss man helfen. Die Frage stellt sich nur, ob es ihnen hilft, wenn man sie einfach hierher holt, oder ob es nicht besser wäre, die Infrastruktur in Griechenland so bereitzustellen, wie sie sein sollte. Der Tenor des griechischen Aussenministers lautet, dass Flüchtlinge, die mehr als 250 000 Euro auf dem Konto haben, doch besser in die griechische Wirtschaft investieren und sich so ein Bleiberecht erkaufen sollten. Wenn das die Europapolitik ist, die alle wollen, dann ist dies auch nicht gut. Die SVP-Fraktion lehnt die Standesinitiative ab.

Jörg Meyer: Zum Votum von Stephan Schärli: Ich bin aufgestanden, als er sagte, die CVP sei von ganzem Herzen mit Sara Muff einverstanden. Aber dann muss man jetzt auch Rückgrat zeigen und Taten folgen lassen. Ich möchte hier nicht darüber streiten, welche Partei hier die christlichen Werte am besten vertritt. Ich stelle einfach infrage, von welchen Grundwerten wir uns bei einer solchen Diskussion schlussendlich wirklich leiten lassen. Eine Journalistin hat es dieses Wochenende auch gesagt: Wenn man Moria ansieht, dann ist das «jenseits von Worten». Die Regierung findet in ihrer Antwort aber recht deutliche Worte: menschenunwürdig, besorgniserregend, prekär usw. Trotzdem gelangen wir hier zum Schluss, dass wir nichts machen können. Aber ich glaube das Instrument der Standesinitiative ist nicht falsch. Diese Idee kam auch nicht nur von der SVP. Wir haben sie umgesetzt und erwarten jetzt, dass hier Farbe bekennt wird. Diese Standesinitiative ist das richtige Instrument zur richtigen Zeit und eigentlich schon längst überfällig. Diese ganze Diskussion läuft wieder darauf hinaus, dass hier einige in verschiedene Ecken gestellt werden, mit Formalitäten argumentiert wird und schlussendlich doch nichts passiert. Es ist wichtig, dass der Kanton Luzern heute ein Signal nach Bern sendet. Vieles ist schon im Gange, aber dieses Signal schadet nichts, und es wird gebraucht. Dieser Rat ist gefordert, zu gewissen Grundwerten, die uns auszeichnen, zu stehen und entsprechend diese Motion zu unterstützen.

Monique Frey: Auch ich habe mir überlegt, ob ich etwas sagen soll. Dies ist ein Thema, das mich in meinem beruflichen Alltag seit fast zwei Jahrzehnten begleitet. Wir müssen wohl nicht darüber diskutieren, wo unsere Verantwortung liegt. Wenn Sie ehrlich zu sich selber sind, ist Ihnen bewusst, dass wir als Schweizer, als Europäer und als Bewohner dieser Welt eine Verantwortung zu tragen haben. Diese Verantwortung ist nicht nur dadurch bedingt, dass wir zusammen auf dieser Welt leben, sondern vor allem auch dadurch, wie wir auf dieser Welt leben, handeln und finanzielle Investitionen machen. Die Fluchtgründe sind unter anderem durch unseren Lebensstil und unser Wirtschaften bedingt. Es muss jetzt gehandelt werden. Wenn alles auf den Nationalrat und den Ständerat abgeschoben wird, dann können

Sie zumindest Ihren Kolleginnen und Kollegen dort sagen, dass es nötig wäre, im Bereich Katastrophenhilfe und im Bereich Entwicklungszusammenarbeit endlich einmal das Budget zu erhöhen. Seit Jahren sinkt dieses. Wir fallen weit zurück im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, die wirtschaftlich gleich gut aufgestellt sind. Es ist penibel, wie viel wir ausgeben. Die OECD sagt, wir sollten eigentlich 0,7 Prozent des Bruttonationalproduktes ausgeben, wir sind aber bloss bei 0,4 Prozent. Wir setzen viel zu wenig Geld dafür ein, um Menschen, welche unter prekären Bedingungen in diesen Ländern leben, zu unterstützen, damit sie genügend Wasser, gute sanitäre Einrichtungen und genügend zu Essen haben. In diesem Sinn bitte ich Sie, diese Motion erheblich zu erklären. Dies ist ein Signal, denn eine Standesinitiative hat nur bedingt Einfluss in Bundesbern. Aber dieses Signal ist mehr als nötig. Es ist ein Signal gegenüber der Bevölkerung in der Schweiz und ein Signal gegenüber den Kolleginnen und Kollegen im Nationalrat und im Ständerat, dass wir endlich unsere Verantwortung gegenüber allen Menschen wahrnehmen sollten.

Hasan Candan: Ich bin schon etwas schockiert von den Voten der bürgerlichen Seite. Die Schilderungen von Sara Muff sind mir nahegegangen, und ich denke Ihnen auch. Jetzt werden aber trotzdem wieder die Augen und die Ohren davor verschlossen. An der letzten Session wurde gesagt, es sei nicht der richtige Zeitpunkt und nicht das richtige Instrument. Jetzt bringt Sara Muff das richtige Instrument zum richtigen Zeitpunkt mit der richtigen Forderung. Man versteckt sich aber wieder hinter Bestimmungen, ähnlich wie Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die sagt, es gebe kein Gesetz. Aber das vergangene halbe Jahr hat gezeigt, dass die Welt kann, wenn sie denn will, und wenn die Politik will, dann kann sie. Die Bürgerlichen zeigen heute wieder, dass sie einfach nicht wollen. Wir haben die Möglichkeiten und mit der Standesinitiative auch das richtige Instrument, um ein Zeichen zu setzen, dass wir diesen Menschen helfen müssen und wollen. Bitte unterstützen Sie diese Standesinitiative. Es ist absurd. Während Corona wurden sehr viele Flüge gestrichen, aber es wurden Ausnahmeregelungen gemacht, und eine davon war, dass Erntehelfer aus Portugal einfliegen durften. Wenn die Politik will, dann kann sie – und wir können und wir müssen.

Josef Wyss: Vor einer Woche haben wir in diesem Saal über die politische Kultur diskutiert und über den Umgang, den wir miteinander pflegen. Solche Voten wie von Samuel Zbinden entsprechen nicht den Vorsätzen, die wir letzte Woche gefasst haben. Stephan Schärli hat die Situation in Lesbos durchaus kritisch skizziert, und dies ist auch die Meinung der CVP. Es ist eine schwierige Situation, die wir dort haben. Es ist nicht einfach, wirkliche Lösungen zu erarbeiten. Ich bitte Sie, sich zukünftig in Ihren Voten gemässiger und differenzierter zu äussern, denn solche Voten bringen für diesen Rat keinen Mehrwert.

Hans Stutz: Hasan Candan hat vorher gesagt: Wenn die Welt will, dann kann sie. Es gibt in der Schweiz aber auch die gesetzlichen Grundlagen dazu. Artikel 56 des Asylgesetzes besagt, dass grösseren Flüchtlingsgruppen aufgrund eines Entscheides des Bundesrates Asyl gewährt werden kann. In der Asylgesetzverordnung steht eben auch, dass es eine Zuständigkeitsprüfung nach Dublin gibt, und das Staatssekretariat für Migration (SEM) kann aus humanitären Gründen das Gesuch auch dann behandeln, wenn die Prüfung ergeben hat, dass ein anderer Staat dafür zuständig ist.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Wenn Sie unsere Antwort wirklich gelesen haben, dann haben Sie festgestellt, dass wir inhaltlich keine Differenzen zu Sara Muff haben. Die Standesinitiative ist einfach das falsche politische Mittel, weil dies Symbolpolitik ist und diese nichts bringt. Was haben wir gemacht? Wir haben mit dem Bund – dem SEM – gesprochen und dort ein Angebot für die Aufnahmen von mehr als 20 Personen gemacht, aber das muss man hier und in den Medien nicht kommunizieren. Das läuft anders ab. Hier hat der Bund den Lead und trägt auch die Verantwortung. Die Offenheit zur Aufnahme haben wir im Kanton Luzern. Selber mache ich gewissen Druck über die Sozialdirektorenkonferenz, welche das Asylossier bewirtschaftet und einen direkten Zugang zu Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat. Wenn Sie uns wirklich unterstützen wollen und das Problem ernst nehmen, dann bitte ich Sie, Ihre Vertreterinnen und Vertreter in Bern zu motivieren, endlich zu handeln. Wer

handeln muss, ist der Bund. Wir als Kanton Luzern können nicht einfach nach Griechenland fliegen und eine Gruppe mitnehmen. Das geht nicht. Die Stadt Luzern meint es gut, aber der Bund muss dies in die Hände nehmen. Europa wird das allein nicht schaffen. Unsere Offenheit ist dem Bund bekannt. Noch eine Bemerkungen zum Votum von Samuel Zbinden: Sie haben schnell und viel gesprochen, aber inhaltlich haben Sie keine Lösung präsentiert. Der Rat lehnt die Motion ab.